Saatgutkampagnen-Newsletter Nr. 7, September 2012

Liebe Saatgut-Engagierte und -Interessierte,

hier kommt der siebte Kampagnen-Newsletter mit aktuellen Informationen über Aktionen und Positionierungen – und vielen Links zum Weiterlesen. Anregungen für einen aktiven Herbst!

1. Kampagne für Saatgut-Souveränität ruft zu politischen Aktionen am 16.10. auf
2. EKD kritisch zu Biopatenten und Sortenschutz
3. European Seed Association auf Image-Werbetour
4. Entscheidung des EuGH im Fall Kokopelli
5. Informationen zum EU-Erhaltungssorten-Recht
6. Saatgut Thema auf der Documenta-Kunstaussstellung in Kassel

+++ Kampagne für Saatgut-Souveränität ruft zu politischen Aktionen am 16.10. auf +++

Am 16. Oktober ist UN-Welternährungstag. Wir rufen – mit befreundeten Gruppen europaweit – dazu auf, dezentral an vielen Orten zu protestieren: gegen die Macht der Saatgutindustrie, gegen ihre Zerstörung der Sortenvielfalt, gegen ihre Züchtung von High-Input-Sorten und gegen ihren Einfluss auf die Politik zum Schaden von bäuerlicher Landwirtschaft und Gartenbau.

Die Proteste verstehen sich als Teil der weltweiten Kämpfe von Via Campesina und der „Seed Emergency Campaign“, initiiert von Vandana Shiva.

Der Aufruf auf deutsch: http://www.saatgutkampagne.org/PDF/Aktionsaufruf-Saatgutsouveraenitaet_16-10-12.pdf

Der Aufruf auf englisch: http://www.saatgutkampagne.org/PDF/call-to-action-seed-sovereignty_16-10-2012.pdf

+++ EKD kritisch zu Biopatenten und Sortenschutz +++

die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat sich heute kritisch zu Biopatenten und zu Sortenschutz á la UPOV'91 geäußert, positiv verweist sie auf Elemente früherer UPOV-Versionen.

Im Anhang dieses Newsletters ein Ausschnitt daraus, das ganze Dokument: http://www.ekd.de/download/ekd_texte_115.pdf und die EKD-Presse-Erklärung: http://www.ekd.de/presse/pm166_2012_ekd_text_115.html

Die Kritik an der Sortenrechts-Gesetzgebung der EU und ihrem diesbezüglichen Expansionsdrang ist ein wichtiger Debattenbeitrag, für große Institutionen nicht selbstverständlich. Leider scheint die Bedeutung der Saatgutverkehrs-Gesetzgebung für die Biodiversität nicht erkannt worden zu sein, sie wird im Text nicht behandelt.

+++ European Seed Association auf Image-Werbetour +++

Politische Strategie und Befürchtungen der Saatgutindustrie werden an der Einladung der „European Seed Association“ (ESA) zu ihrer Jahrestagung vom 14.-17.10. in Brüssel (was für ein Zufall!) deutlich. Garlich v. Essen, Generalsekretär der ESA, schreibt: *„This will be the first time that seed related rules will be subject to a wide political debate, involving not only those that supply and use plant propagating material for a highly productive crop production but also societal groups that judge our sector mainly in view of its capacity and impact on other policies such as poverty alienation, biodiversity, rural development, environmental protection and, most fundamentally, food safety. To defend our legitimate interests, it will therefore be more important than ever to assure that we speak with one voice.“* (<http://esa.conceptum.eu>) So haben wir in den nächsten Monaten wohl eine Propaganda-Offensive der Saatgutindustrie zu erwarten, deren Stoßrichtung auch in der Kampagne „Die Pflanzenzüchter“ der deutschen Saatgutindustrie, zusammenschlossen im „Bund Deutscher Pflanzenzüchter“ (BDP) deutlich wird. In Verdrehung der Tatsachen fragt die Saatgut-Industrie dort auf Werbeanzeigen etwa: *„Wer schafft Vielfalt beim Saatgut - wenn nicht wir?“*, *„Wer schafft Vielfalt in Geschmack und Qualität - wenn nicht wir?“* oder gar *„Wer schafft mehr Unabhängigkeit von endlichen Rohstoffen - wenn nicht wir?“* (<http://diepflanzenzuechter.de>)

+++ Entscheidung des EuGH im Fall Kokopelli +++

Am 12. Juli verkündete der Europäische Gerichtshof (EuGH) sein enttäuschendes Urteil im Rechtsstreit von Graines Baumaux vs. Kokopelli. Wir haben damals unsere Presse-Erklärung zum Urteil über die Infoliste geschickt, auch unser nachfolgendes Statement „11 Fragen und Antworten zum EU-Saatgutrecht anlässlich des EuGH-Urteils“.

Unsere Presse-Erklärung: http://www.saatgutkampagne.org/PDF/PE_Saatgutkampagne_EuGH-Urteil_2012-07-12_fin.pdf
 „11 Fragen und Antworten ...“: http://www.saatgutkampagne.org/PDF/FAQ_EuGH_Urteil.pdf

Unsere Presse-Erklärung auf Englisch: <http://www.seed-sovereignty.org/EN/index.html>,
 oder auf Portugiesisch: <http://www.seed-sovereignty.org/PT/index.html>

Weitere Stellungnahmen zum Urteil aus Österreich, Frankreich und Spanien auf der Startseite: <http://www.saatgutkampagne.org/> sowie aus Griechenland auf <http://www.seed-sovereignty.org/GR/index.html>.

Die Medienresonanz auf unsere Erklärung war erfreulich:

Eine dpa-Meldung (http://www.focus.de/politik/ausland/eu-eu-gericht-bricht-die-macht-der-saatgut-weltkonzerne_aid_781122.html) zitierte zweifach unsere Kampagne für Saatgut-Souveränität und wurde in vielen Zeitungen wiedergegeben oder verwendet, z.B. in der ZEIT <http://www.zeit.de/news/2012-07/12/eu-eu-gericht-bricht-die-macht-der-saatgut-weltkonzerne-12165814>

Es gab einen recht gut recherchierten Beitrag des SWR in den ARD-„tagesthemen“ mit einem Statement aus der Kampagne, das NDR Nordmagazin drehte einen Beitrag mit Jürgen Holzapfel zur Erhaltungsarbeit von Getreide (3:45 min, 45 MB!) http://www.saatgutkampagne.org/VID/Nordmagazin-EuGH-Urteil_zum_Saatguthandel.mp4. Radio Deyeckland Freiburg führte am 13.7.2012 ein Telefon-Interview: <http://www.freie-radios.net/portal/streaming.php?id=49652>, Telepolis ein Mail-Interview: <http://www.heise.de/tp/artikel/37/37348/1.html>

+++ Informationen zum EU-Erhaltungssorten-Recht +++

Die weitgehende Unsicherheit bezüglich des EU-Erhaltungssorten-Rechtes und seiner Umsetzung in nationales Recht bewog uns, zum dreijährigen Bestehen der deutschen Erhaltungsverordnung eine Presse-Erklärung zu formulieren http://www.saatgutkampagne.org/PDF/PE_Saatgutkampagne_Erhaltungsverordnung_2012-07-20-fin.pdf und auf der Homepage eine Unterseite zum „Erhaltungsrecht“ mit Links zu den Gesetzestexten und Verordnungen einzurichten: <http://www.saatgutkampagne.org/erhaltungsrecht.html>

+++ Saatgut Thema auf der Documenta-Kunstaussstellung in Kassel +++

Zum Schluss noch eine Veranstaltungs-Ankündigung für Kurzentschlossene:

„Über Samen und Multispezies-Intra-Aktion: Die Enteignung von Leben“ im Ständehaus Kassel (Bode-Saal) „ist eine zweitägige öffentliche Konferenz, welche die ökologische Sichtweise der dOCUMENTA (13) zum Ausgangspunkt nimmt und auf einer globalen Allianz zwischen verschiedenen Formen von Forschung und Wissen aufbaut, die auf unterschiedlichen Gebieten aktiv entwickelt werden. Die Diskussion richtet ihr Hauptaugenmerk auf Fragen zu Nahrungsmitteln und Saatgut, Wasser und Land, Energie und Wachstumsrücknahme

Montag, 10. September, 10-20 Uhr: http://www3.documenta.de/de/programme/veranstaltungen-und-vermittlung/programme-details/?tx_calevents2_pi1%5Buid%5D=999&tx_calevents2_pi1%5Brecurrent%5D=0&tx_calevents2_pi1%5Bdate%5D=1347228000&cHash=227194184a4568cdc091e06ca9007f2

Samstag, 15. September 2012, 10-20 Uhr: http://www3.documenta.de/de/programme/veranstaltungen-und-vermittlung/programme-details/?tx_calevents2_pi1%5Buid%5D=1001&tx_calevents2_pi1%5Brecurrent%5D=0&tx_calevents2_pi1%5Bdate%5D=1347660000&cHash=547ed435acc6284cea2452c691ec2c11

Herbst ist die Zeit der Ernte – und auch der Saatgut-Ernte! Ein gutes Händchen dabei wünscht

mit besten Grüßen,

eure

Kampagne für Saatgut-Souveränität

Anhang:

„7.3.2 Sortenschutz statt Biopatentierung

In globaler Perspektive muss in erster Linie der Grundsatz gelten, dass jedes Land und jede Region ein den jeweiligen Erfordernissen angemessenes Schutzrechtssystem implementieren kann. Das Recht auf sui generis-Systeme ist anzuerkennen. Von daher ist die Politik der EU abzulehnen, den Entwicklungsländern ein Sortenschutzrecht nach UPOV 1991 aufzunötigen. Im Interesse der biologischen Vielfalt sollte die EU nicht länger darauf bestehen, in bilateralen Handelsabkommen die Entwicklungsländer zur Implementierung von UPOV 1991 zu verpflichten. Gleichfalls abzulehnen sind die wiederholten Vorstöße der EU, im TRIPS-Abkommen UPOV 1991 als einzige Alternative zum Patentschutz festzuschreiben. Im TRIPS-Abkommen heißt es, dass Sorten durch Patente oder ein wirksames System sui generis zu schützen sind. Weder hat die EU die Definitionsmacht, was genau ein wirksames System sui generis ist, noch darf ihr zugestanden werden, einseitig den Interessen der großen Saatgutkonzerne auf Kosten von Kleinbauern, Agrobiodiversität und ländlicher Entwicklung zu dienen.

Auch der Sonderberichterstatter des UN-Generalsekretärs für das Recht auf Nahrung, Olivier de Schutter, empfiehlt den Staaten, sowohl die bäuerlichen als auch die kommerziellen Systeme der Pflanzenzüchtung zu unterstützen. Der Schlüssel für eine Umsetzung des Rechts auf Nahrung liegt de Schutter zufolge darin, die Koexistenz beider Systeme zu organisieren. Die lineare Vorstellung von Fortschritt, wonach traditionelle Pflanzensorten durch Hohertragsorten zu ersetzen seien, so de Schutter, reduziere das Problem von Ernährungssicherung auf die Frage der Produktion von Nahrungsmitteln. (90)

Einer solchen Sichtweise stehen die aus einem Patent erwachsenden weitgehenden Monopolrechte diametral entgegen. Biopatente sind ein Präjudiz in der Debatte um eine agrarökologisch und sozial nachhaltige Weltagrarpolitik.

Ein Blick in die deutsche und europäische Geschichte zeigt zudem, dass der Ruf nach einem Patentgesetz mit der nationalen ökonomischen und technologischen Entwicklung einherging. Dass die ökonomischen und sozialen Wirkungen von Rechten an geistigem Eigentum nicht losgelöst gesehen werden können von den allgemeinen ökonomischen und technologischen Rahmenbedingungen, gilt nach wie vor. Deshalb erweisen sich global angelegte one-size-fits-all-Ansätze, die die Bedürfnisse der Kleinbauern den Interessen der kommerziellen, global agierenden Züchter unterordnen, als wenig sinnvoll. (91)

So sollten Subsistenz- und Kleinbauern grundsätzlich von allen Pflichten befreit werden, die sich aus Rechten an geistigem Eigentum ergeben. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob Sortenschutz nach UPOV 1978 nicht ein ausreichendes Schutzinstrument darstellt. Dies muss im Übrigen nicht mit dem Beitritt zu dem entsprechenden Abkommen geschehen, was rechtlich gar nicht mehr möglich ist. Es reicht die Umsetzung der Bestimmungen von UPOV 1978 oder bestimmter Elemente daraus. Damit sollte dann für WTO-Mitgliedsstaaten auch die Forderung nach einem wirksamen System sui generis zum Schutz von Pflanzensorten erfüllt sein.

Auch wenn mit UPOV 1991 eine starke Annäherung des Sortenschutzes an den Patentschutz vollzogen wurde, bietet der Sortenschutz grundsätzlich flexiblere und – unter Rückgriff auf frühere UPOV-Fassungen – regional besser angepasste Instrumente des Innovationsschutzes an, die den verschiedenen Akteuren in diesem Marktsegment gerecht werden. Die globale Landwirtschaft wird unterschiedliche Ansätze nutzen müssen, um den multiplen Herausforderungen des Klimawandels, des Bevölkerungswachstums und der sich ändernden Ernährungsgewohnheiten gewachsen zu sein. (92)

Insbesondere gilt es, eine große Sorten- und Rassenvielfalt zu erhalten, um eine breite genetische Basis für zukünftige Züchtungen zu besitzen. Diese breite Basis droht verloren zu gehen, da sich Forschung und Entwicklung zunehmend aus der öffentlichen Hand in Großunternehmen verlagert hat, die durch Biopatente und Marktkonzentrationsprozesse ihre Produkte weltweit vermarkten. Dies geht mit einem Verlust an biologischer Vielfalt einher und schränkt auch die Anbaumethoden ein.“

aus: Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist. Biopatente und Ernährungssicherung aus christlicher Perspektive, Eine Studie der Kammer der EKD für nachhaltige Entwicklung. Veröffentlicht als EKD-Text 115, http://www.ekd.de/download/ekd_texte_115.pdf. (S. 101ff)